

**Rede von Thomas Carl Schwoerer bei der Jubiläumsveranstaltung
120 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft
120 Jahre politischer Pazifismus
Geschichte und Aktualität des politischen Pazifismus**

Frankfurt/M., Donnerstag, 8. November 2012

Liebe Freundinnen und Freunde, kurz zu mir: Seit 17 Jahren bin ich Verleger des konzernunabhängigen Campus Verlags, des zweitgrößten Buchverlags in Frankfurt. Nach meiner Geburt in Brasilien habe ich elf Jahre in New York gelebt, danach in Frankfurt mein Examen als Volkswirt mit der Übersetzung eines späteren Wirtschaftsbestsellers finanziert.

Heute spreche ich als Bundessprecher und Aktiver der Gruppe Frankfurt der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der ältesten und einer der wenigen bundesweiten Friedensorganisationen, gegründet 1892. Sie wird morgen 120 Jahre alt. Zu ihren Mitgliedern gehörten die Friedensnobelpreisträger Bertha von Suttner, Alfred Hermann Fried, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Albert Schweitzer. Der hessische Kirchenpräsident Pastor Martin Niemöller war lange Jahre ihr Vorsitzender. Sie alle haben sich als politische, also verantwortlich handelnde Pazifisten verstanden. Das ausliegende Material gibt euch nähere Auskünfte.

Was sind die pazifistischen Positionen und Lösungsvorschläge in den aktuellen Konflikten? Als erstes Thema fällt uns dazu natürlich Syrien ein. Ein Jahr nach Beginn des Aufstandes gegen die Assad-Dynastie haben Waffen die Worte ersetzt: Statt mit Schlagstöcken arbeitet die Regierung nun mit Raketenwerfern und Granaten. Die Opposition organisiert neben Demonstrationen gezielte Anschläge. Die Lage gleicht einem Bürgerkrieg. Wir haben immer davor und vor einer militärischen Intervention von außen gewarnt. Ich bin zutiefst besorgt über die immer größere Zahl von Opfern der Gewalt im Lande. Über 17-Tausend Syrer sind seit März 2011 getötet worden, weitere Zehntausend wurden festgenommen.

Baschar al Assad hat die schlimmsten Formen der Folter abgeschafft, ohne die systematischen Menschenrechtsverletzungen aufzuhalten. Er kämpft seit seinem Antritt gegen die veralteten Strukturen seines Landes. Er hat sich aber nicht durchgesetzt. Seine letzte Chance besteht darin, das Land durch Wahlen oder durch Verhandlungen mit der Opposition zu reformieren. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob er bereit ist, über einen Machtverzicht zu verhandeln oder

auch nur ernsthafte Zugeständnisse zu machen. Der einzige sinnvolle Weg ist ein **Runder Tisch** aller Oppositionsgruppen und der Regierung, so dass Konflikte unter Wahrung der Menschenrechte ausgetragen werden. Dafür ist Kofi Annan als UN-Beauftragter eingetreten, damit ist er leider gescheitert. Er hat den Stab an Lakhdar Brahimi überreicht.

Eine **militärische Intervention** würde die Lage noch schlimmer machen. Schon in Libyen hat sie 50.000 Menschen das Leben gekostet. Eine Intervention könnte Assad und die bewaffnete Opposition zu verstärktem Töten von Menschen veranlassen. Sie würde den Konflikt nicht schnell beenden, weil die Opposition gespalten ist und die syrischen Streitkräfte zu stark sind. Zudem ist Syrien ein Pulverfass in einer instabilen Region, die mit Europa direkt benachbart ist - ein Krieg könnte auf andere Länder überspringen. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Übergang zu einer demokratischen Gesellschaft würden sich verschlechtern, gemäß den Worten von Carl Friedrich von Weizsäcker „Man kann zwar Gewalt durch Gewalt eindämmen, man wird aber immer die Folgen zu tragen haben, dass man sich dem Prinzip, das man bekämpfte, unterworfen hat. Die Meinung, man könne gewissermaßen zum letzten Mal Gewalt anwenden und – weil die Gewalt für das Gute ausgeübt wird – danach werde dann das Gute herrschen und nicht die Gewalt, ist einer der gefährlichsten Irrtümer und eine der Hauptquellen mörderischer Kriege.“ Und schließlich: Eine Eskalation mit Beteiligung der Nato könnte zu einer offenen Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten führen.

Ebenfalls keine Lösung sind sichere Zonen für Flüchtlinge bzw. sogenannte Korridore für humanitäre Hilfe nahe den Grenzen: Sie könnten Zivilisten schützen, aber sie müssten bald verteidigt werden gegen Regierungstruppen. Da die oppositionelle Freie Syrische Armee den Regierungstruppen deutlich unterlegen ist, würden solche Korridore eine militärische Intervention von außen nach sich ziehen, mit den genannten Gefahren. Luftangriffe wären erforderlich, um humanitäre Schutz zonen durchzusetzen. Diese würden aber viele zivile Opfer verursachen, denn die meisten syrischen Luftwaffenstützpunkte liegen in dicht besiedelten Gebieten.

Wer ist **die Opposition**? Nach allem, was wir wissen, dominiert die Muslimbruderschaft im Syrischen Nationalrat. Entsprechend sind säkulare und linksgerichtete Gruppen sowie Kurden nicht dabei. Sein Rivale ist der Syrische Nationale Koordinierungsausschuss. Der lehnt Militäroperationen ab und fordert stattdessen Reformen, um eine Demokratisierung einzuleiten.

Der Nationalrat spricht sich gegen Verhandlungen mit der Regierung aus und hat früher gefordert, dass die Opposition auf den Einsatz von Gewalt verzichtet. Er hat sich allerdings verbündet mit der Freien Syrischen Armee, die aus bewaffneten Überläufern aus den Regierungstruppen besteht.

Die Opposition ist gespalten zwischen Anhängern des bewaffneten und des gewaltlosen Widerstands. Wir sind **Anhänger gewaltfreier demokratischer Aufbrüche** wie in Tunesien und Ägypten. Auch ein Teil der syrischen Oppositionellen hält an Pazifismus und zivilem Ungehorsam fest als erfolgreichstes Mittel. Diese Oppositionellen arbeiten mit Graffiti gegen das Regime, Pamphleten, Revolutionsliedern und –gedichten. Sie verstecken Lautsprecher an öffentlichen Plätzen, um dort regimekritische Lieder zu übertragen. Wir sind **dafür, diesem Teil der syrischen Opposition** mit Satellitentelefonen, Laptops, Stromgeneratoren, Digitalkameras und Medizin **zu helfen**, international sichtbar zu werden und sich besser zu vernetzen. Für diejenigen, die nicht im Lande bleiben können, **fordern wir die Aufnahme und den Abschiebestopp von Deserteuren** und anderen Flüchtlingen in Deutschland.

Wirtschaftssanktionen treffen den Privatsektor und die Mittelklasse und schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Hingegen begrüßen wir zielgerichtete Kontensperrungen gegen die führenden Mitglieder der Regierung, um diese an den Verhandlungstisch zu bringen.

In diesen Bürgerkrieg mischen sich viele Mächte aus dem Ausland ein. Das möchte ich abschließend darstellen. Iran unterstützt die Assad-Regierung mit Waffen, und die Türkei beliefert die Freie Syrische Armee als bewaffneten Teil der Opposition. Letztere erhält Verstärkung durch Söldner aus dem Irak. Al Kaida verübt Terroranschläge. Die USA versuchen, die gegenwärtige Situation auszunutzen und einen Mittleren Osten zu schaffen, in dem sie keine Gegner mehr haben, wie z.B. Assad. Sie versuchen damit, das Ergebnis des Irakkriegs zu korrigieren. Denn der Krieg hat Iran und Syrien gestärkt.

Die Bundeskanzlerin und die Nato müssen den heimlichen Transfer westlicher Waffen nach Syrien umgehend unterbinden und die Verständigung mit allen Beteiligten suchen, darunter mit Russland.

Russland liefert Waffen an die Assad-Regierung; das syrische Tartus ist die einzige russische Marinebasis am Mittelmeer. **Die russische Regierung sollte** umgehend einen konsequent friedensorientierten Resolutionsentwurf in den Weltsicherheitsrat einbringen. Diese Resolution müsste die weitere Bewaffnung sowohl der Assad-Regierung als auch der syrischen Opposition ablehnen.

Die Arabische Liga hat ihre Beobachtermission zuletzt abgebrochen wegen der schwerwiegenden Verschlechterung der Situation und der fortgesetzten Gewalt. Die Assad-Regierung habe sich offensichtlich für die militärische Option entschieden. Es gibt aber keine Alternative zur Deeskalation: Eine Fortsetzung und bessere Ausstattung einer Beobachtermission ist wichtig, denn internationale Beobachter können Schlimmeres verhindern.

Wie im Jemen, soll nach dem Willen der Arabischen Liga eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden. Diese würde sich aus Mitgliedern des Regimes und der Opposition zusammensetzen. Zwei Monate nach der Regierungsbildung habe Assad zurückzutreten und die Amtsgeschäfte seinem Stellvertreter Farug al Sharaa zu übergeben.

Demgegenüber gibt es eine Mehrheit in Syrien, die sagt, das eigentliche Problem sei nicht Assad. Sie macht einen Unterschied zwischen Assad und dem Regime und stellt fest, dass die Krise nicht allein damit ende, dass Assad geht.

Die Arabische Liga hat eine militärische Intervention der Nato klar abgelehnt, aber Friedenstruppen der Vereinten Nationen gefordert und beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Syrien beschlossen. Saudi Arabien hat seine Hilfszahlungen an Syrien längst eingestellt. Das europäische Ölembargo trifft das Regime hart. Die Steuereinnahmen Syriens sind von 340 Milliarden im Jahr 2010 auf nur noch fünf Milliarden gesunken. Die Wirtschaft ist nahezu komplett gelähmt, die syrische Lira hat seit Beginn des Aufstands mehr als die Hälfte ihres Werts verloren.

Die Arabische Liga muss ihre Beobachtermission wieder aufnehmen und umgehend alle Aktivitäten unterbinden, die die Gewalt in Syrien schüren.

Das zweite Thema, das uns intensiv beschäftigt, ist der Iran. Obamas Regierung hat seit ihrem Amtsantritt 2009 keinen ernsthaften Versuch gemacht, mit Iran ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel eines Verzichts auf Atomwaffen. Die Androhung und Durchführung von Sanktionen standen stets im Vordergrund. Die USA beschlossen ein Finanz- und Handelsembargo. Auch die EU hat ein totales Öl- und Finanzembargo verhängt. Untergeordnete Persönlichkeiten des Iran haben mit einer Sperrung der Straße von Hormuz gedroht. Die Eskalation der gegenseitigen Drohungen ist beängstigend.

Die Situation erinnert fatal an jene vor dem letzten Irak-Krieg und droht, außer Kontrolle zu geraten. Zumal Israel mit einem Militärschlag gedroht hat, was einen Skandal darstellt.

Die genannten Sanktionen sind schädlich. Oppositionsführer Mir-Hussein Mussawi sagt, dass die Sanktionen besonders der armen Bevölkerung schaden und sie nun wieder in die Arme der Regierung treiben. Das konnten wir bei den Parlamentswahlen im März sehen. Die Sanktionen treffen auch den Privatsektor und die Mittelklasse. Sie schwächen damit genau die Kräfte, auf denen die Hoffnungen für einen gesellschaftlichen Wandel ruhen. Die iranische Wirtschaft leidet, die Währung ist im freien Fall.

Die Regierung selbst kann sich von den Folgen eines Ölembargos relativ gut abschotten. Die Revolutionsgarden und die religiösen Stiftungen kontrollieren weite Teile der Wirtschaft. Sie haben

langjährige Erfahrung damit, im Illegalen (etwa in der Schattenwirtschaft) zu arbeiten. Sie florieren geradezu unter solchen Bedingungen.

Die Sanktionen wurden in einer Weise verschärft, die immer näher an einen Krieg heranführt. Alle Kriegsoptionen sind verantwortungslos und friedenspolitisch unwirksam. Ein Militärschlag hätte einen regionalen Flächenbrand, explodierende Ölpreise und breit gestreute Terroranschläge zur Folge. Der Iran würde gemeinsam mit seinen Verbündeten Hisbollah und Hamas massiv zurückgeschlagen.

Dabei würde ein Militärschlag kaum das iranische Atomprogramm zerstören, aber vielen Menschen, darunter vermutlich zahlreichen Oppositionellen, das Leben kosten. Die Regierung könnte sich keinen besseren Vorwand wünschen, um mit angeblichen Landesverrätern kurzen Prozess zu machen. Und ein militärischer Angriff würde den Machthabern im Iran eine moralische Rechtfertigung dafür geben, Atomwaffen zu entwickeln.

Die US-Regierung bzw. Israel brauchen für einen Krieg gegen den Iran zumindest die moralische Unterstützung der EU-Staaten. Um so dringlicher ist es, dass die Bundesregierung jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran unmissverständlich ausschließt. Die Bundesregierung sollte gegenüber der US-Regierung klarstellen, dass die amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht erneut für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen und dass es keine Überflugrechte und keine Zusammenarbeit der Geheimdienste dafür gibt.

Die Bundeskanzlerin muss jede Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Iran öffentlich ausschließen und die riskante Sanktionseskalation stoppen.

Die vor Jahren eingeleitete EU-Verhandlungsstrategie war von vornherein zum Scheitern verurteilt: Es war nie realistisch (und entsprach nicht dem Atomwaffensperrvertrag), speziell von Iran einen Verzicht auf die Urananreicherung zu fordern. Diese Forderung ist außerdem nicht glaubwürdig, solange in der EU selbst Uran angereichert wird und Atomkraftwerke laufen. Und sie ist nicht nötig. Denn die im Atomwaffensperrvertrag vorgesehenen intensiven Kontrollen und Inspektionen eignen sich zur Verhinderung einer Atommacht Iran - im Präzedenzfall Chemiewaffenabkommen haben sie ja auch funktioniert. Iran sollte das entsprechende Zusatzprotokoll des Atomwaffensperrvertrags in vollem Umfang umsetzen. Es sollte sich auf die Produktion von schwach angereichertem Uran beschränken, mit dem keine Waffen hergestellt werden können. Die Devise muss also lauten: Sowenig Urananreicherung wie nötig, soviel Kontrollen und Transparenz wie möglich.

Iran wird allerdings nur dann auf Atomwaffen verzichten, wenn es hinreichende Sicherheitsgarantien erhält. Das Land ist durch die militärische Präsenz der USA in Irak, Afghanistan, Saudi Arabien und den zentralasiatischen Staaten von allen Seiten umstellt. Zudem verfügt Israel über 200 bis

300 atomare Sprengköpfe, die Iran erreichen können. Die USA haben Nordkorea weitgehende Sicherheitsgarantien angeboten, weigern sich bislang aber, sie Iran zu offerieren.

Die Bundesregierung sollte die von der UNO für dieses Jahr beschlossene Konferenz für eine atomwaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten unterstützen. Dadurch würden die Reformkräfte in der gesamten Region neuen Auftrieb erhalten. Sicherheitsgarantien und eine solche Konferenz würden nicht das heutige Regime in Iran stabilisieren, sondern das Feindbild „Westen“ aushöhlen und den dortigen Reformkräften mehr politischen Spielraum verschaffen.

Auch Israel sollte an einer atomwaffenfreien Zone teilnehmen. Seine Atomwaffenpolitik liegt nicht im eigenen Sicherheitsinteresse. Selbstredend muss im Gegenzug Iran das Existenzrecht Israels anerkennen.

Last but not least würde Deutschland seine eigene Glaubwürdigkeit erhöhen durch den Abzug der in Büchel lagernden Atomwaffen, die Beendigung der nuklearen Teilhabe und den Verzicht auf die Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel, da hat Günter Grass völlig recht. Die atomaren Großmächte müssen ihrer Verpflichtung im Atomwaffensperrvertrag nachkommen, ihre Atomwaffen abzurüsten.

Mein vorletztes Thema ist Afghanistan, auf das ich aus Zeitgründen allerdings nur kurz eingehen kann. Vor zwei Monaten jährte sich zum dritten Mal das Massaker von Kunduz. Oberst Klein hat damals Luftschläge gegen Tanklaster und damit den Tod von hundert Zivilisten verantwortet. Ich halte es für einen Akt des Zynismus, dass dieser Oberst nun zum Brigadegeneral befördert werden soll.

A propos Afghanistan: Die Bundesregierung ist auf dem besten Weg, Mali mit einer Militärintervention zu einem zweiten Afghanistan zu machen. Auch hier sind Kriege eine Sackgasse, auch hier führt kein Weg vorbei an einer Verhandlungslösung. Im übrigen wird die Begründung für die Intervention, ein Rückzugsgebiet für Terroristen zu verhindern, durch ständige Wiederholung nicht besser. Terroristen treten in kleinen Gruppen auf, die an jedem Ort auf der Welt arbeiten können und auf eine weitflächige Operationsbasis nicht angewiesen sind. Man braucht kein ganzes Land, um Terrorist zu sein – ein paar Zimmer reichen aus.

Die Malaise in Mali entstand nicht zuletzt aufgrund der Exporte zahlreicher westlicher Waffen zunächst nach Libyen und dann von dort aus nach Mali. Auch für Syrien gilt: Die Militarisierung des Konflikts darf nicht durch Waffenexporte weiter gefördert werden. Ich sage das auch deshalb, weil die deutschen Rüstungsexporte sich zwischen 2005 und 2009 mehr als verdoppelt haben. Deutschland ist Europameister beim Geschäft mit dem Tod und liegt seit Jahren hinter den USA und Russland weltweit an dritter Stelle. Alleine durch die Schusswaffen von Heckler & Koch, dem größten

Hersteller in Europa und dem weltweit führenden Exporteur dieser Waffengattung, haben über eine Million Menschen nach dem 2. WK ihr Leben verloren. Das ist Beihilfe zum Massenmord!

Arbeitsplätze werden durch Rüstungsexporte kaum gesichert. Nur 0,2 Prozent der Beschäftigten arbeiten in der Rüstungsindustrie, und Investitionen schaffen im zivilen Bereich deutlich mehr Arbeitsplätze als dort, wo die Produktivität besonders hoch ist.

Der überwiegende Teil der Rüstungsexporte wird vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn hier in der Nähe beschieden. Über als problematisch geltende Rüstungsexporte befindet der Bundessicherheitsrat unter Führung der Kanzlerin, und zwar geheim, ohne Mitwirkung von Parlament und Öffentlichkeit. Offiziell spielt bei diesen Entscheidungen die Beachtung der Menschenrechte im jeweiligen Empfängerland eine große Rolle. Aber in der Praxis hat dieser Grundsatz immer weniger Gewicht. Das wurde deutlich durch die skandalöse Entscheidung, über 200 Leopard-Panzer an Saudi Arabien zu liefern – eine der schlimmsten Diktaturen der Welt. Zu den gängigen Menschenrechtsverletzungen zählen dort Auspeitschungen, systematische Folterungen, Misshandlungen in Gefängnissen sowie gerichtlich verordnete und vollzogene Zwangsamputationen von Gliedmaßen.

Dieser Beschluss erfolgte wenige Wochen nachdem Saudi Arabien den Aufstand im benachbarten Bahrain mit Waffengewalt unterdrückt hatte. Dabei verfügt der LEOPARD 2 A7+ über eine „Schnittstelle zum Anbringen von Anbaugeräten“. Was so harmlos klingt, bedeutet nichts anderes als die mögliche Montage eines Räumschildes, mit dem beispielsweise Barrikaden beseitigt werden können. Mit diesen Panzern könnte das Regime Blockaden von Widerständlern wegräumen, Demonstrationen der Demokratiebewegung platt walzen oder missliebige Menschen erschießen.

Bereits vor dem Leopard-Deal wurde alles außer Panzern an Saudi Arabien geliefert, einschließlich Scharfschützengewehre, die sich für Kopfschüsse eignen. Der EADS-Konzern, mit Daimler als größtem Teilhaber, hat Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter an Saudi Arabien ausgeführt, die zum Krieg gegen die Regionalmacht Iran genutzt werden können. Am schlimmsten sind aber die Lizenzvergaben, mit deren Hilfe das Land Afrika mit Waffen vollpumpt: Schon zweimal hat Saudi Arabien Lizenzen für Sturmgewehre von Heckler & Koch erhalten.

Saudi Arabien ist beileibe nicht das einzige Empfängerland von deutschen Waffen, das Menschenrechte mit Füßen tritt. Das autoritäre Regime in Algerien bekommt deutsche Fregatten, Grenzsicherungstechnik im Wert von 10 Mrd. Euro und eine Fabrik von Rheinmetall und MAN zur Produktion von Fuchs-Transportpanzern. Diese können eingesetzt werden zur Bekämpfung von Aufständen.

Unternehmen in unserer Nähe wie Utimaco in Oberursel und ATIS systems in Bad Homburg liefern Systeme zur Internetkontrolle, mit denen Datenübertragungen etwa via Skype gezielt blockiert und

Websessions überwacht werden können. Und wenn wir schon bei den Tätern vor unserer Haustür sind: Vom 6. November bis heute hat wie jeden Herbst in Frankfurt die Airtec-Messe stattgefunden, auf der unbemannte Drohnen feilgeboten wurden.

Deutsche Firmen haben Waffen an beide Seiten des Libyen-Krieges geliefert. Und wiederholt wurden Waffenlieferungen nach Mexiko genehmigt, trotz schwerster Menschenrechtsverletzungen seitens der dortigen Polizei und des Militärs. In diesem Fall ist auch Korruption im Spiel: Die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg wirft den Verantwortlichen von Heckler & Koch vor, jahrelang Amtsträger in Mexiko bestochen zu haben, um Lieferaufträge für Waffen zu erlangen. Der damals zuständige General Aguilar soll für jedes Heckler & Koch Sturmgewehr einen Bestechungsbonus von 25 US-Dollar kassiert haben. Heckler & Koch wird darüber hinaus verdächtigt, auch in Deutschland Amtsträger bestochen zu haben. Als das bekannt wurde, ist Peter Beyerle nicht ohne Grund aus der dreiköpfigen Geschäftsführung von Heckler & Koch ausgeschieden.

Es geht nicht nur um Menschenrechtsverletzungen, sondern auch um die schiere wirtschaftliche Unvernunft. Der größte Markt für deutsche Rüstungskonzerne ist ausgerechnet Griechenland – wie passt das zu den dortigen Bemühungen um Schuldenabbau?!

In der Bevölkerung gibt es eine klare Mehrheit gegen Waffenhandel. 73 Prozent der Befragten sprachen sich gegen den Export der 200 Leopard-Panzer nach Saudi Arabien aus. Mit der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! wollen wir dieser Mehrheit eine Stimme geben. Die Deutsche Friedensgesellschaft stellt einen der drei SprecherInnen dieser Kampagne, die unter der Schirmherrschaft von Margot Käßmann steht. An dieser Kampagne nehmen über 100 Organisationen der Friedensbewegung, der Entwicklungshilfe, der Gewerkschaften und der kirchlichen Friedensarbeit teil – und es werden täglich mehr. Unser Ziel ist, bis zur Bundestagswahl 2013 262.000 Unterschriften zu sammeln für eine Ergänzung des Artikels 26 (2) des Grundgesetzes. Ich lade euch herzlich ein, nach der Veranstaltung zu unterschreiben bzw. Unterschriftenlisten mitzunehmen. Wir fordern die Aufnahme eines grundsätzlichen Exportverbots von Waffen und Rüstungsgütern in diesen Grundgesetzartikel. Damit würden wir die derzeitigen Verhältnisse umdrehen: Nicht mehr 98% aller Rüstungsexporte würden wie derzeit genehmigt, sondern nur 0,1% (z.B. Minenräumgeräte). In einem Zwischenschritt streben wir die Aufnahme dieser Forderung in die Wahlprogramme der Parteien zur nächsten Bundestagswahl an. Dies wären Schritte auf dem Weg zu einem vollständigen Verbot von Rüstungsexporten.

Die Aktionsschwerpunkte der Kampagne sind dieses und nächstes Jahr Rundreisen, die Opfern z.B. aus Angola oder kurdischen Gebieten eine Stimme geben. Andere Aktionen geben den Tätern Name und Gesicht: Tätern in der Rüstungsindustrie, der Politik und den Lobbyverbänden. Absoluter Schwerpunkt wird die Verhinderung brisanter Rüstungsexporte: die Exporte von Schusswaffen von Heckler & Koch und von Leopard-2-Panzern nach Saudi Arabien. Noch sind diese Panzer nicht ausgeliefert, noch kann dieser Rüstungsexport mit einem breit getragenen Protest gestoppt werden. Lasst uns dazu beitragen. Unterbinden wir endlich das Massenmorden mit deutschen Waffen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.